



**Jürgen Kocka**

---

## **Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR**

(Akademievorlesung am 15. Juni 1994)

In: Berichte und Abhandlungen / Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften  
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften) ; 1.1995, S. 145-173

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus-28523](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus-28523)

---

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 3.0 Germany (cc by-nc-sa 3.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Jürgen Kocka

## Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR

*(Akademievorlesung am 15. Juni 1994)*

Beim Umgang mit der DDR-Vergangenheit gehen derzeit Geschichte und Politik ungewöhnlich enge Verbindungen ein. In der Bundestags-Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ sind wissenschaftliche Wahrheitsfindungs- und politische Willensbildungsprozesse Eigentümlich verknüpft. Behördeninterne Geschichtsforschung ist in Deutschland immer die Ausnahme gewesen, doch in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ist eine umfangreiche Forschungsabteilung entstanden, die sich der Geschichte der DDR annimmt. Andere Neugründungen wären zu nennen.

Historiker unterschiedlicher Provenienz betreiben DDR-Geschichte in unterschiedlicher Weise und oft ohne viel Kontakt miteinander. Historiker, die dem untergegangenen System verbunden waren und auch heute noch geschichtswissenschaftlich arbeiten, tun sich nicht immer leicht, jene Geschichtsabschnitte vorbehaltlos und kritisch zu durchleuchten, mit denen ihre Biographien engstens verknüpft waren. Und den Opfern des Systems, den Dissidenten und Oppositionellen, vermittelt der kühle, distanzierte, wissenschaftliche Umgang mit der Geschichte, die in besonderer Weise die ihre ist, manchmal das Gefühl, ihnen werde ein Besitz entwendet, auf dem ein guter Teil ihrer Identität, auch ihres Stolzes, beruht. Hermann Rudolph schrieb dies vor kurzem und fügte hinzu: „Was kann denn bei der fast unauflösbaren Durchdringung von Zeitgeschichte und Gegenwartsproblemen, die bei der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit zutage tritt, ohne Gefahr der Verletzung und Verdrängung ‚aufgearbeitet‘ werden? Kann man diese so nahe und gleichzeitig schon ferngerückte Vergangenheit überhaupt verstehen, wenn man sie nicht am eigenen Leibe erfahren hat?“ Historiker aus dem Westen bleiben von diesen „Befindlichkeiten“ nicht unberührt und entdecken überdies bald, daß die Geschichte der DDR von der Geschichte der ostdeutsch-westdeutschen Beziehungen nicht scharf zu

trennen ist und auch deshalb Teil *ihrer* Geschichte ist, mehr als es einem früher bewußt war.

Zweifellos liegen moralisches Urteil und wissenschaftliche Analyse, Erinnerung und Geschichte, Betroffenheit und Forschung derzeit in ungewöhnlich engem Gemenge. Dies kann auch kaum anders sein und ist letztlich zu begrüßen. Diktaturen stellen bedrückende Tiefpunkte in der Geschichte eines Volkes dar, böse Erfahrungen, die aufwendige, auch öffentliche Bearbeitung erfordern, wenn sie nicht Jahre oder Jahrzehnte später als verdrängte Erinnerung an die Oberfläche zurückkehren sollen, dann als tiefgreifende Störungen von Gesellschaft und Kultur. Was so bedrückend war und noch so nahe ist, kann kaum *sine ira et studio* bearbeitet werden. An schrillen Tönen fehlt es nicht ganz. Doch die Gefahr der Verdrängung ist nach dem Ende der zweiten deutschen Diktatur ungleich geringer als nach dem Ende der ersten.

Der Umgang mit der jüngsten Geschichte tritt in verschiedenen Formen auf. Das ist legitim. Die Wissenschaft besitzt dabei kein Monopol. Aber sie hat ihren Beitrag zu leisten, und der kann nun einmal nicht primär in Anklage und Verteidigung, in Entrüstung oder Nostalgie, auch nicht in eilfertiger Enthüllungshistorie oder in Betroffenheitspflege bestehen. Vielmehr gehören Abwägung und Augenmaß, Genauigkeit und Zusammenhangseinbettung, Klarheit und Distanz, Kritik und Analyse zu ihren Prinzipien und Werkzeugen.

Das große Interesse an der DDR als Geschichte, die weitgehende Aufhebung der gängigen Sperrfristen und die ungewöhnliche Zugänglichkeit neu geöffneter Archive haben die Geschichte der DDR zu einem Wachstumssektor gemacht. DDR-Geschichte ist „in“. 759 laufende Forschungsprojekte hat eine Erhebung in der zweiten Hälfte des Jahres 1993 registriert. Ganz eindeutig steht derzeit die materialgesättigte Detailstudie im Vordergrund, die vereinigenden Fragestellungen und Begriffe treten noch nicht klar hervor. Der Informationsbestand wächst schneller als die Kapazität zu seiner analytischen Durchdringung. Das ist zweifellos legitim, auch typisch für die frühe Phase der Bearbeitung eines neuen Forschungsfeldes. Aber es kann nicht schaden, über systematische Zugriffe nachzudenken, die übergreifende Fragen, vorläufige Synthesen und Strukturierung erlauben.

Schließlich fällt auf, daß die Geschichte der DDR derzeit vor allem von ihrem Ende her thematisiert wird. Man ist noch beeindruckt von ihrem – überraschenden – Scheitern und fragt nach dessen Bedingungen und Ursachen. Das ist verständlich. Man wird allerdings zu vermeiden suchen, die Geschichte der DDR *nur* noch als Vorgeschichte ihres Endes zu interpretieren, denn dieser Blickwinkel allein führt zur Einseitigkeit. Er birgt die Gefahr in sich, die Frage nach möglichen Alternativen zu vernachlässigen, die in vergangenen Konstellationen eingeschlossen gewesen sein mögen. Ich werde die Geschichte der DDR nicht primär von ihrem Ende her betrachten, wohl aber – teilweise – von ihrem Anfang her.

Ich habe bis 1989 vor allem in der Bundesrepublik gelebt und spreche also über die DDR, ohne mit ihr lebensgeschichtlich vertraut zu sein. Ich habe also nur sehr begrenzt die Chance – oder auch die Last –, die Rolle des Zeitzeugen und die des Historikers miteinander zu versöhnen. Ich bin auch kein Spezialist für DDR-Geschichte. Den Zugang zum Thema habe ich erst in den letzten Jahren gewonnen, vor allem im Potsdamer Forschungsschwerpunkt für Zeithistorische Studien. Ich fasse im folgenden vieles zusammen und verdanke deshalb anderen Autoren viel.

Es geht um die Sozialgeschichte der DDR. Sozialgeschichte ist vieles zugleich. Sie untersucht einerseits einen Teilbereich historischer Wirklichkeit, die sozialen Strukturen und Prozesse, Handlungen und Erfahrungen im engeren Sinn, also z. B. soziale Bewegungen, Klassen, Stände, Arbeitsverhältnisse, Familie, Urbanisierung, Wanderungen, das Alltagsleben. Sie blickt andererseits – als spezifische Betrachtungsweise – auf die ganze Geschichte, aber von der Gesellschaft her. Ihr Übergang zur Politik-, zur Wirtschafts- und zur Kulturgeschichte ist fließend. In der Sozialgeschichte geht es stärker um Strukturen und Prozesse, auch um Erfahrungen und Mentalitäten, weniger um einzelne Ereignisse und Handlungen, es geht mehr um die Tiefenschichten als um ihre Gipfel und dramatischen Zuspitzungen.

## I.

Es ist nicht unüblich und meines Erachtens nützlich, die DDR begrifflich als eine Variante moderner Diktaturen zu verstehen. Sie besaß ein Herrschaftssystem, das Menschen- und Bürgerrechte systematisch verletzte. Es fehlte an der wirksamen Begrenzung der Staatsmacht durch Verfassung und Recht, an Gewaltenteilung und besonders an Unabhängigkeit der Justiz. Kennzeichnend war die faktische Ein-Parteien-Herrschaft, der Hegemonialanspruch einer institutionalisierten Ideologie, die Ablehnung von legitimer Opposition, die Verneinung des politisch-weltanschaulichen Pluralismus. Das Regime setzte moderne Massenbeeinflussungs- und Massenüberwachungsmittel ein – Propaganda und Repression, Verführung und Terror – und erreichte zeitweise erhebliche Massenmobilisierung, im Unterschied zu traditionelleren Formen diktatorischer Herrschaft. Es war ein Herrschaftssystem, das die relative Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche nicht anerkannte, sondern auf politische Steuerung und Kontrolle von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur abzielte. Eigenständige intermediäre Institutionen hatten darin keinen Platz.

So oder so ähnlich läßt sich ein Begriff umschreiben, der die DDR als Diktatur des 20. Jahrhunderts vom Typus des liberal-demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaats scharf unterscheidet und zugleich mit anderen Diktaturen des 20. Jahrhun-

derts, kommunistischer wie faschistischer Prägung, vergleichbar macht. Dieser Vergleich – auch mit der nationalsozialistischen Diktatur – wird derzeit häufig gezogen, in der öffentlichen Diskussion wie in der Wissenschaft. Er ist legitim, solange man weiß und ernst nimmt, daß das Wesen des komparativen Verfahrens nicht im Gleichsetzen besteht, sondern in der Feststellung von Ähnlichkeiten *und* Unterschieden wie in deren Erklärung und Deutung.

Der diktaturhistorische Ansatz erweist sich bei der Untersuchung des politischen Systems, des Herrschaftsapparats und der Herrschaftsmechanismen als besonders tragfähig, also etwa in Studien zur Staatspartei oder zu den Propagandamethoden des SED-Staates. Aber der diktaturhistorische Ansatz läßt sich auch sozialhistorisch nutzbar machen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die politischen Konstitutionsbedingungen der DDR-Gesellschaft, auf die Lenkung und Kontrolle sozialer Prozesse durch Partei und Staat, auf die Durchherrschaft der DDR-Gesellschaft sowie auf die Folgen und Grenzen dieses Prozesses.

Bekanntlich hat die Partei- und Staatsführung der DDR auf die radikale Umgestaltung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur unter sozialistisch-kommunistischem Vorzeichen gezielt und in den vierziger/fünfziger Jahren schrittweise ein Modernisierungsprogramm dekretiert, das einerseits den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entstammte, vor allem ihrem kommunistischen Zweig, andererseits unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht und damit des sowjetischen Modells entstand. Die Abschaffung der überkommenen kapitalistisch-bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialordnung samt ihrer vorkapitalistisch-vorbürgerlichen Relikte, gleichzeitig die Anknüpfung an die „fortschrittlichen“ Werte bürgerlicher Hochkultur, die Errichtung einer neuen Eigentumsordnung, die Gewährleistung von Gleichheit einschließlich von Vorsorge und Sicherheit für alle, das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit von Wissenschaft, Technik und Industrie, schließlich die Erziehung eines neuen, nicht mehr am individuellen Eigennutz orientierten, sozialistischen Menschentyps – das waren die Ziele dieses Modernisierungskonzepts, das politisch-diktatorisch initiiert, durchgesetzt und gewährleistet werden sollte – mit Hilfe eines dafür geeigneten allumfassenden Herrschaftsapparats, den die SED als „Partei neuen Typs“ schon bald nach ihrer Gründung und schon vor Entstehung der DDR aufzubauen begann.

Als Sozialhistoriker interessiert man sich nun *einerseits* für die soziale Rekrutierung, die Organisation und Zusammensetzung, die alltägliche Praxis dieser Steuerungs-, Verwaltungs- und Kontrollapparate, in ihrem Verhältnis zur politischen Spitze wie vor allem zu den Bürgern, zu den Objekten, den Opfern, den Nutznießern der Herrschaftsausübung. Am Potsdamer Forschungsschwerpunkt läuft z. B. eine umfangreiche Untersuchung zur literarischen Zensur, die in der frühen DDR auf das „Amt für Literatur- und Verlagswesen“, auf andere Organe und auf die Verlage verteilt war. Diese Zensur wirkte nicht nur durch Verbot und

Prävention verhindernd, sondern darüber hinaus planend und gewissermaßen literaturgestaltend, wobei kulturpolitische Ziele und ökonomische Möglichkeiten oft quer zueinander standen und frühzeitige Gesprächskontakte, auch Selbstzensur, bald wichtiger wurden als direkte Anordnungen und Verbote. Ein anderes Projekt am Potsdamer Forschungsschwerpunkt beschäftigt sich mit der Sozialgeschichte der Volkspolizei. Dabei steht das System der „Abschnittsbevollmächtigten“ im Vordergrund, ebenso wie das Verhältnis der Polizei zu den Arbeiter-und-Bauern-Inspektionen, den örtlichen Volksvertretungen, den Massenorganisationen und gesellschaftlichen Gerichten. Seit kurzem liegt ein sozialgeschichtlicher Versuch über die „Staatsicherheit“ vor. Clemens Vollnhals zeigt den dürftigen Bildungsstand, die politische Verlässlichkeit und die primitiven Methoden der ersten Mitarbeitergeneration in den fünfziger Jahren, dann das Wachstum und die allmähliche Professionalisierung des Mitarbeiterstamms, die Formen der Rekrutierung und die Inhalte der internen Indoktrination, die zunehmende Dichte – bis zu einem IM pro 120 Einwohner Mitte der achtziger Jahre –, die Veränderungen der Methoden und die Vielfalt der Aufgaben, zu denen Repression und „Zersetzung“ ebenso gehörten wie die „präventive Sozialsteuerung“ und die Informationsbeschaffung in einem Staat ohne funktionierende Öffentlichkeit. Die Sozialgeschichte der Kader und der Kaderpolitik kann auf wichtigen Arbeiten fußen, die die DDR-Forschung in der Bundesrepublik vor 1989 erarbeitet hat. Vieles andere bleibt zu erforschen.

*Zum anderen* interessieren die sozialhistorischen Wirkungen diktatorischer Herrschaft. Sie waren immens. Die politische Herrschaft prägte jene Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen. Ich nenne, mit Blick auf die fünfziger und sechziger Jahre, ein zentrales Beispiel: Primär waren politische Eingriffe für die massenhafte Migration von 2,7 Millionen Ostdeutschen verantwortlich, die zwischen 1949 und 1961 die DDR verließen, ein Siebtel der Bevölkerung. Es kam zu massiven Verlusten an Qualifikation und Leistungsfähigkeit, zur Abwanderung möglicher Dissidenten und zur Eröffnung gewaltiger Mobilitätschancen für nachrückende Aufsteiger. Gezielte politische Maßnahmen kamen hinzu, die die Ausbildung und Rekrutierung des nachrückenden Nachwuchses so steuerten, daß Söhne und Töchter des Bürgertums diskriminiert und die Nachkommen von Familien aus der Unterschicht, besonders der Arbeiterschaft, privilegiert wurden. Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten und Vorstudienanstalten haben dazu ebenso beigetragen wie die Ergänzung, bisweilen Ersetzung fachlicher Qualifikations- und Auswahlkriterien durch soziale und politische Kriterien, vor allem proletarische Herkunft und Mitgliedschaft in der SED. Als Konsequenz dieser politischen Setzungen und Maßnahmen hat in der DDR bis zum Anfang der siebziger Jahre ein kollektiver Aufstiegsprozeß sondergleichen stattgefunden, ein Austausch der Eliten, wie er in der modernen deutschen Geschichte präzedenzlos ist. Dieser geradezu

revolutionäre, „von oben“ angestoßene und erzwungene Prozeß dürfte die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems geschwächt, die Legitimationsbasis des Staates in der Bevölkerung aber gestärkt haben. Im Detail ist das wohl noch nicht untersucht, wenngleich ein einschlägiges Forschungsprojekt unter der Leitung von Karl Ulrich Mayer am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung bereits erste Ergebnisse vorgelegt hat, die ich benutzen konnte.

Hier sind einige Zahlen, die ich einer laufenden Untersuchung von Ralph Jessen (FU Berlin) über Hochschullehrer in der DDR entnehme. Während 1934 im Deutschen Reich ca. 4% der Hochschullehrer aus Familien von Arbeitern und kleinen Angestellten stammten, wuchs dieser Anteil bis 1954 auf 13%, und dieser Anteil verdreifachte sich bis 1971 auf 39%. Besonders ausgeprägt war diese Veränderung in den Geistes- und Sozialwissenschaften, am wenigsten in den Naturwissenschaften und der Medizin. Gleichzeitig nahm der Anteil der Habilitierten unter den Professoren ab, von ca. 90% direkt nach dem Krieg auf 71% 1956. Umgekehrt entwickelte sich die Parteizugehörigkeit. 1954 gehörten erst 29% der Professoren der SED an, 1971 dagegen 61%.

Daran zeigt sich exemplarisch, daß unter den Bedingungen der Diktatur soziale Prozesse hochgradig politisch determiniert gewesen sind. Politische Herrschaft und soziale Prozesse waren aufs engste verbunden. Es ist ebenso dringlich, nach den politischen Bedingungen sozialer Prozesse zu fragen wie umgekehrt. Sozialgeschichte ist als separate Teildisziplin (in Absetzung zur Politikgeschichte) bei der Untersuchung der DDR noch weniger möglich als sonst. Die Gesellschaft der DDR war in hohem Maße ein Konstrukt diktatorischer Herrschaft. Von daher hatte sie etwas Antitraditionales, etwas geradezu Künstliches an sich.

Man kann die Wirkungen der Diktatur auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen nachzeichnen. Ähnliche Aufstiegsprozesse lassen sich etwa auch im administrativ-politischen Apparat und in bezug auf die wirtschaftlichen Funktionsebenen nachweisen, für die fünfziger und sechziger Jahre. Die Neu-Ansiedlung von ca. 210.000 Neubauern zwischen 1945 und 1950 als Folge der Bodenreform und die Umwandlung von 84% der selbständigen Bauern in sogenannte Genossenschaftsbauern im Zuge der Zwangskollektivierung zwischen 1952 und 1961 waren ebenso Folgen staatlich-diktatorischer Herrschaft wie der Rückgang des Selbständigen-Anteils in der DDR-Wirtschaft insgesamt, von ca. 20% 1950 auf 5,5% 1960, auf 3,5% 1970 und 2,2% 1989.

Ein weiteres Beispiel: Als Folge diktatorischer Politisierung fand in den Verwaltungen so etwas wie Deprofessionalisierung statt. Relativ zur politischen Macht nahm das Gewicht des Fachwissens ab, in der Rekrutierung wie auch im Verwaltungsalltag. Recht und Verfahren traten hinter persönlich-politischen Machtbeziehungen zurück. Die Politisierung ließ den bürokratischen „esprit de corps“ bröckeln. Obwohl sich die Verwaltungen ausdehnten, änderten sich ihre inneren Struk-

turen und Personalverhältnisse so, daß man von Tendenzen der Entbürokratisierung sprechen kann, gemessen am Weberschen Idealtypus von Bürokratie.

Die DDR brachte überdies eine illiberal-fürsorgliche, nachbürgerliche Variante des Sozialstaats hervor. Sie hat u. a. zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse beigetragen und den Frauen neue Möglichkeiten geschaffen. Sie hat das Verhältnis der Generationen zueinander verschoben, zugunsten der Jüngeren. Sie dürfte die ostdeutschen Mentalitäten langfristig geprägt haben, im Sinne hoher Erwartungen an Staat und Regierung, mit dem Ergebnis betonter Hochschätzung von Sicherheit und geringerer Betonung von Selbständigkeit.

Weitere Beispiele könnten gebracht werden, doch ich verzichte darauf und kehre die Perspektive um. Denn die Gesellschaft, das Leben, der Alltag in der DDR gingen in ihrer diktatorischen Gängelung nicht auf. Von einer totalen Prägung jener Gesellschaft durch Partei und Staat kann man keinesfalls sprechen. Ich erläutere auch dies an einigen Beispielen.

So manche ältere Tradition lebte weiter, indem sie sich gegenüber herrschaftlichen Rekonstruktionsversuchen als immun erwies und zum Teil mit neuen Aufgaben ausgestattet wurde. Man hat dies an geschwächten, aber fortlebenden Restbeständen des Bildungsbürgertums gezeigt, das – anders als das Wirtschaftsbürgertum – in der DDR nicht völlig vernichtet wurde. Das protestantische Pfarrhaus ist, wie Christoph Kleßmann gezeigt hat, ein bildungsbürgerliches Refugium geblieben, hat starke Berufsvererbung unter den Pfarrern ermöglicht und eine gewisse Alternativkultur bewahrt, die in den achtziger Jahren teilweise Anschluß an entstehende Dissidentenmilieus fand. Der Kirchenhistoriker Friedrich Wilhelm Graf argumentiert, daß in der protestantischen Theologie der DDR alte, sehr deutsche, lutheranische Traditionen weiterlebten, in Unterschied und Entgegensetzung zur Bundesrepublik. Alf Lüdtke und Peter Hübner haben auf das Fortleben eines älteren Arbeiterstolzes auf gute – „deutsche“ – Wertarbeit hingewiesen, auf Traditionen, die nach 1945 in SBZ und DDR revitalisiert worden sind. Und so sehr auch die parteilich-staatliche Durchdringung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eine neuartige Qualität besaß, so sehr konnte sie auf älteren, obrigkeitsstaatlichen Traditionen aufbauen, die die deutsche Entwicklung seit langem geprägt hatten.

Auch die Eigengesetzlichkeit der modernen Gesellschaft setzte der politischen Instrumentalisierung Grenzen. So mußte den Wissenschaftlern ein Minimum an Autonomie verbleiben, wenn sie denn in der Lage sein sollten, ihre Aufgaben wahrzunehmen und international anerkannte Leistungen zu erbringen, worauf die politischen Herrschaftsträger ja größten Wert legten. – Wie wenig es dem SED-Staat gelang, die Organisation der Lebensläufe in eigene Regie zu nehmen und die nachwachsende Jugend zu gewinnen, zeigen DDR-interne Umfragen der achtziger Jahre nur allzu deutlich. – Auch blieb die Spannung zwischen staatlich-partei-

lichen und innerfamiliären Erziehungseinflüssen immer ausgeprägt. Die Familie hatte in der DDR zwar viel von den Funktionen verloren, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft und vor allem im Bürgertum so wichtig machen: Nach den Enteignungen war sie kaum mehr der Ort für die Weitergabe materiellen Kapitals an die nächste Generation. Angesichts der frühen und umfassenden Einbeziehung der Kinder in öffentliche Erziehungseinrichtungen und außerfamiliale Gruppen nahm auch ihre Bedeutung für die Weitergabe kulturellen Kapitals ab. Ihr Zusammenhalt dürfte sich gelockert haben. Aber andererseits gewann die Familie an Bedeutung für das Leben des Einzelnen hinzu: als Ort der Versorgung angesichts unterentwickelter Märkte und defizitärer öffentlicher Versorgung, als wichtiges Glied in den sich herausbildenden informellen Beziehungsgeflechten und als Ort des Rückzugs vor politisch-gesellschaftlichen Zumutungen.

Der Betrieb war ein prägender Ort der DDR-Gesellschaft. Denn er nahm in der DDR nicht nur wirtschaftliche Aufgaben im engeren Sinne wahr, er verteilte auch Sozialleistungen, war ein Ort der Kommunikation und organisierte die Einzelnen in vielen Beziehungen. Die Brigade, die geförderte Selbstorganisation der Belegschaft, hatte viele Gesichter: Sie organisierte die Arbeit, vermittelte Interessenspannungen zwischen Belegschaft und Werkleitung, sie war ein Zentrum der Kommunikation, eine Veranstalterin geselligen Lebens und eine Instanz der sozialen Kontrolle. Die Multifunktionalität war ein Markenzeichen der DDR-Betriebe. Ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hat das wohl kaum gedient. Aber die Bedeutung des Arbeitsplatzes für das Alltagsleben der Menschen war enorm. In der DDR verbrachten mehr Menschen einen größeren Teil ihrer Zeit am außerhäuslichen Arbeitsplatz als in der Bundesrepublik. Der Stellenwert der Arbeit für das Selbstverständnis der Menschen war riesengroß, auch für sehr viele Frauen, deren Erwerbsquote hoch über der in der Bundesrepublik lag.

Und auch hier erkennt man die Grenzen diktatorischer Kontrolle. Ich zitiere Manfred Kohli: „Wer den Arbeitsprozeß in der DDR mit der Vorstellung effektiver totalitärer Kontrolle („Kommandowirtschaft“) verbindet, würde erwarten, im Betrieb einen Ort vollständiger Entsubjektivierung anzutreffen. Die Realität sah anders aus. In der Forschungsliteratur besteht Übereinstimmung, daß der Spielraum und das Widerstandspotential der Beschäftigten im Betrieb hoch war – typischerweise höher als in der Bundesrepublik.“

Überall entdeckt man bei genauerem Hinsehen informelle Strukturen, inoffizielle Beziehungsgeflechte und alltägliche Praktiken, die auf Funktionsdefizite der offiziellen Struktur reagierten und auch zu Basen des Rückzugs, der Sperrigkeit, des stillen Widerspruchs werden konnten. Ich komme auf die Hochschullehrerrekutierung zurück, über die ich bereits vorhin gesprochen habe. Blickt man genauer hin, dann findet man unterhalb der professionellen und politischen Regulationsmechanismen, daß Hausberufungen zur Regel wurden, daß „Stallgeruch“

wichtig war, daß lokalistische Strukturen entstanden und einzelne Professoren viel persönliche Macht kumulierten – ganz im Gegensatz zu den Absichten der SED, die auf die „Inzucht“ im Hochschulbereich schimpfte und darin wohl zu Recht eine Grenze ihrer Durchsetzungsmacht sah.

Die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel spricht von „Widerstandsstrategien im Alltag“, die ohne jede Öffentlichkeit subtil funktionierten und die sich in vielfältigen Formen der Anpassung verkleiden konnten, um nicht entlarvt zu werden. Auch wenn man den Widerstandsbegriff enger begrenzen will, wird man hier ein großes Thema sehen, das nicht auf die Wochenendfreuden des Datscha-Lebens und die vielzitierten „Nischen“ beschränkt war. Hier bleibt sehr viel zu untersuchen. Es kommt darauf an, das sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft einerseits und den vielfältigen Formen andererseits zu erforschen, in denen die Menschen mit der diktatorischen Herrschaft umgingen. Das Spektrum reichte von überzeugter Kooperation und unkritischer Identifikation über opportunistische Anpassung, Apathie und Rückzug ins Private bis hin zu Resistenz und Opposition.

Die Arrangements der Menschen mit dem System waren vielfältig, teils traditionell und teils neu. Zwar standen sie unter der Drohung des Ernstfalls. Kam es zum offenen Konflikt zwischen Lebenswelt und System, setzte sich bis zum Herbst 1989 die diktatorische Herrschaft durch: in Form von gewaltsamer Repression wie am 17. Juni 1953, in Form individuellen Terrors, harter Disziplinierung, Ausbürgerung oder Benachteiligung anderer Art. Aber ohne jene Arrangements, deren sich wandelnde Geschichte noch zu schreiben ist, wird man weder das Leben der DDR-Bürger gerecht rekonstruieren noch die relative Stabilität dieser Gesellschaft angemessen verstehen können.

## II.

Ich fasse die Quintessenz des Bisherigen knapp zusammen. Die Sozialgeschichte der DDR ist von ihrer Herrschaftsgeschichte nicht zu trennen. Politik- und Sozialgeschichte, Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte verschmelzen geradezu. Diktatorische Herrschaft drang tief in die Poren dieser Gesellschaft ein. Die DDR-Gesellschaft erweist sich als in erheblichem Ausmaß politisch konstituiert. Doch die DDR-Gesellschaft war zugleich sehr viel mehr als das Produkt diktatorischer Herrschaft. Denn vieles in ihr war älter als Staat und Partei. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben erwies sich als sperrig, manchmal als eigensinnig, nur begrenzt steuerbar durch politisch-administrative und politisch-ideologische Mittel. Die Steuerung von oben löste bisweilen sogar Gegenteiliges aus und führte zu Ergebnissen, die den Steuerungsintentionen diametral widersprachen.

Dies wird unübersehbar, wenn man auf den Zeitraum der vierzig Jahre in seiner Entwicklung blickt, vom Anfang zum Ende.

Nicht ohne Berechtigung werden häufig die Jahre zwischen 1945 und 1947/48 als eine noch vergleichsweise offene Phase zwischen den Diktaturen gedeutet, in der weder über den inneren noch über den äußeren Weg Ostdeutschlands schon wirklich entschieden war. Sicherlich, der Kalte Krieg folgte nicht unmittelbar auf den heißen. Weder die Zweiteilung Deutschlands noch die Sowjetisierung des östlichen Teils stand unmittelbar nach Kriegsende fest. Man spricht rückblickend von einer „Zusammenbruchsgesellschaft“, mit 20% Flüchtlingen und Vertriebenen, großer Not, viel Durcheinander, äußerer und innerer Zerstörung – eine kaum definierte Situation. Aber die jüngsten Forschungen machen doch deutlich, wie früh in der SBZ durch die sowjetische Besatzungsmacht – im Wechselspiel mit den Besatzungsmächten der westlichen Zonen – die Weichen gestellt wurden: mit der sofort ansetzenden Bodenreform unter Druck und weitgehend ohne Entschädigung; mit der im wesentlichen administrativ erzwungenen Verschmelzung von KPD und SPD 1946 und der alsbald einsetzenden Umwandlung der SED in eine Partei neuen, diktatorischen Typs; mit dem Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 als teilungspolitischer Weichenstellung.

Ich klammere diese kurze Phase des unentschiedenen Anfangs für den Augenblick ein. Dann läßt sich die Geschichte der DDR unter den hier interessierenden Fragestellungen in drei große Phasen einteilen: vom Anfang bis 1961; von 1961 bis 1968/71; und vom Beginn der 70er Jahre bis zur Revolution von 1989/90.

1. Die Einheit der ersten Phase bis 1961 sehe ich im Wechselspiel zweier Prozesse: Zum einen war da die politisch erzwungene, zum Teil gewaltsame, auf jeden Fall diktatorische rasche Transformation von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat unter sozialistisch-kommunistischem Vorzeichen, eine Phase der Revolution von oben und – blickt man auf die Rolle der Sowjets – von außen, eine Phase voll überschießender Veränderungsenergie und voll Repression.

Man denke an die Entnazifizierung, an die radikale Umgestaltung und Neubesetzung des politischen und administrativen Systems, an den Aufbau ausgedehnter Kontrollsysteme, vor allem der „Staatssicherheit“ seit den frühen 50er Jahren, an die Abschaffung des Berufsbeamtentums, an Bodenreform und Zwangskollektivierung, an die Wellen der Enteignung und den Aufbau einer zentralen Verwaltungswirtschaft auch im gewerblichen Bereich, an die Entstehung der großen Massenorganisationen wie FDJ und FDGB. Das war die Zeit der massenhaften Deklassierung und Abwanderung älterer Führungsschichten, die Phase der bereits erwähnten enormen Aufstiegsmobilität. Das überkommene kapitalistisch-bürgerliche Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wurde nachhaltig zerstört, der Grundriß einer diktatorisch beherrschten sozialistisch-kommunistischen Gesellschafts-

ordnung gelegt, mit viel Druck und Gewalt von oben, mit harten Konflikten, aber nicht ohne Zustimmung von unten, deren Ausmaß schwer zu bestimmen ist.

Die Führungspositionen wurden von alten Linken eingenommen, die größtenteils in der Weimarer Republik sozialisiert und vom Widerstand, vom Exil, von den harten Kämpfen bis 1945 geprägt waren. Die Positionen unterhalb der obersten Führungsebene wurden zunehmend von der sog. Aufbaugeneration („HJ-Generation“) gefüllt: zwischen 1910 und 1930 geboren, also 1949 zwischen 19 und 39 Jahre alt, zu einem erheblichen Teil im Nationalsozialismus sozialisiert, nach 1945 häufig orientierungslos, ideologisch deshalb leicht gewinnbar, zur Abkehr vom Nationalsozialismus und zum Aufbau eines postfaschistischen Deutschlands entschlossen, von den Chancen des Aufstiegs im neuen Staat angelockt, diszipliniert und bald disziplinierend, ohne eigene Erfahrung in einer freien Gesellschaft, auf dem Weg von einer Diktatur in die nächste. Beide Generationen verglichen ihre Gegenwart mit der viel schlimmeren Vergangenheit, die sie zwischen Weltwirtschaftskrise und Zusammenbruch erlebt hatten. Beide gewannen aus diesem Vergleich und seiner antifaschistischen Deutung viel Motivation und auch die Bereitschaft zur Identifikation mit dem neuen System.

Das war die Phase, in der politische Steuerungsabsicht und gesellschaftliche Steuerungsergebnisse am wenigsten auseinanderklafften. Allerdings gab es Gegenteilstendenzen. Der legitimationserzeugende Selbstvergleich mit der Zeit bis 1945 wurde zunehmend durch den Unzufriedenheit erzeugenden Selbstvergleich mit dem westlichen Deutschland ergänzt. Der Wohlstand wuchs nur sehr langsam. Die Repression war umfassend und hart. Sie trieb viele der Dableibenden zur inneren Abkehr, zur Flucht ins Private oder auch zur Depolitisierung, die nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur ohnehin nahelag.

2. Die 60er und frühen 70er Jahre gelten manchen als die besten der DDR. Nach dem Schock des Mauerbaus hörte die massenhafte Abwanderung gezwungenermaßen auf. Die Phase der gewaltsamen Umgestaltung war weitgehend abgeschlossen, das Regime setzte auf Konsolidierung, zugleich aber auf wirtschaftliche Reform. Das Neue Ökonomische System (NÖS), sollte die zentrale Verwaltungswirtschaft durch vorsichtige Dezentralisierung ein wenig flexibilisieren und dadurch die Leistungskraft steigern. Ein neues Modernisierungsziel rückte in den Vordergrund, die Wissenschaftlich-Technische Revolution. Die DDR schien auf dem Weg zur leistungsorientierten Laufbahngesellschaft zu sein. Die Pragmatik der Politik schien zuzunehmen, Technokraten schienen ihren Einfluß auf Kosten der Ideologen und Apparatschiks zu stärken, die soziale Differenzierung nahm zu. Dieses Jahrzehnt hat das DDR-Bild meiner Generation geformt. Konvergenztheorien waren verbreitet, Peter Christian Ludz konzipierte seine einflußreichen Bücher, Bahr und Brandt ihre neue Deutschlandpolitik. Der Blick von außen war hoffnungsvoller geworden, dem entsprachen gewisse Stimmungsumschwünge im

Inneren der DDR. Wie die Oral-History-Befragungen Lutz Niethammers zeigen und Dorothee Wierling berichtet, erinnern auch viele Ostdeutsche „die Jahre vor Honecker“ als relativ akzeptabel, mit steigenden Konsummöglichkeiten, guten Aufstiegsmöglichkeiten und aufkeimendem Stolz auf die Leistungen, die man in der DDR – trotz alledem – erbracht hatte. Auch bei den 20–40jährigen des Jahrzehnts scheint einige Bereitschaft vorhanden gewesen zu sein, dieses sozialistisch-kommunistische Experiment in Deutschland zu stützen, schließlich ging es ökonomisch wie politisch aufwärts, die böse Zeit des „Stalinismus“ schien vorbei. Wenn es in der DDR eine Phase alternativer Entwicklungsmöglichkeiten zu einem demokratischeren und leistungskräftigeren Sozialismus gegeben hat, dann waren es die späten 60er Jahre.

3. Der Einmarsch in Prag muß auf viele desillusionierend gewirkt und sie zur inneren Abwendung veranlaßt haben, vor allem jüngere Intellektuelle. Hartmut Zwahr berichtet davon. Gleichzeitig scheiterte der Reformversuch des NÖS. Die mittlerweile entstandene, typische Spannung zwischen ökonomischer Lockerungs- und Innovationspolitik einerseits und sozialer Stabilitäts- und ideologischer Machterhaltungspolitik andererseits wurde auf Kosten des ökonomischen Neuansatzes gelöst. Der Übergang von Ulbricht zu Honecker 1971 bekräftigte diese Akzentverschiebung. Seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre ließ die Erneuerungsenergie der SED-Politik – auch ihr utopischer Gehalt – merklich nach. Unter dem Zeichen der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ kam es schrittweise zum Ausbau sozialpolitischer Leistungen, zur Verbesserung des Konsums, zur Aufwertung der Freizeit. Dies fand Anklang in der Bevölkerung. Aber die wirtschaftliche Modernisierung blieb auf der Strecke, die notwendig gewesen wäre, um die staatlichen Aufwendungen für die Sozialleistungen, die Preissubventionen und den riesigen Kontrollapparat zu finanzieren, der Unsummen verschlang. Die Auswirkungen der Ölkrise von 1973 kamen hinzu. Seit Anfang der 70er Jahre scheint die DDR über ihre Verhältnisse gelebt zu haben.

Zwar gab es keine Rückkehr zu den brutalen Repressionsmethoden der 50er Jahre, im Gegenteil. Aber der Kontrollapparat der Staatssicherheit wuchs, er erreichte erst jetzt seine flächendeckende Ubiquität, er modernisierte seine Methoden. Auf den verschiedensten Gebieten zeigte das System nun Erstarrungssymptome. Das mittlerweile zur entscheidenden Aufstiegsschleuse gewordene Hochschulsystem wurde exklusiver, der Anteil der Studenten an der jeweiligen Generation fiel, der entsprechende Anteil lag 1989 in der Bundesrepublik fast doppelt so hoch wie in der DDR. Auch der Arbeiteranteil an den DDR-Studenten war rückläufig, auch in dieser Hinsicht erwies sich das westdeutsche System bald als viel offener. Die Aufstiegschancen nahmen rapide ab, die Neigung der Intelligenz und der Führungsschichten zur Selbstrekrutierung nahm ebenso rasch zu. Die Jungen der achtziger Jahre sahen sich oft vor verschlossenen Türen, vor lang-

fristig besetzten Stellen. Die Jüngeren tendierten ohnehin mehr zum Selbstvergleich mit dem Westen als zum Selbstvergleich mit der faschistischen Zeit, die immer weiter zurücklag, während der Westen nach der sozialliberalen Ostpolitik nur noch schwer als feindliche Bedrohung zu verteufeln war. Seit den siebziger und vor allem in den achtziger Jahren finden sich Ansätze zu einer neuen Jugendkultur, orientiert an westlichen Beispielen. Der Generationskonflikt nahm zu, die Nachwachsenden entzogen sich den staatlich sanktionierten Sozialisationszielen, unveröffentlicht bleibende Umfragen zeigten wachsende Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den Jugendlichen, von der Herstellung des neuen sozialistischen Menschen war man weit entfernt. Dies waren wichtige Voraussetzungen der Revolution von 1989/90. Es ist unübersehbar: Die politischen Steuerungsabsichten und die gesellschaftlichen Entwicklungen klafften weit auseinander. Die sozialen Bruchlinien der späten DDR, die zugleich potentiell politische Konfliktlinien waren, entschlüsseln sich interessanterweise eher, wenn man nach Generationen als wenn man nach Klassen und Schichten differenziert.

### III.

Ich habe die Frage nach dem Verhältnis von diktatorischer Herrschaft und gesellschaftlicher Entwicklung als Leitfrage benutzt, um Grundlinien der DDR-Sozialgeschichte zu skizzieren, grundsätzlich zunächst und dann im chronologischen Längsschnitt. Was aber war das Besondere an der DDR-Geschichte? Kann man von der DDR als einem deutschen Sonderweg sprechen? Wenn ja, in welchem Sinn? Wie vergleicht sich die DDR-Entwicklung mit den Entwicklungen in anderen Ländern? Dazu abschließend einige selektive Bemerkungen.

Je nachdem, mit wem man sich vergleicht, variiert das Ergebnis. Das ist in der historischen Komparatistik nicht viel anders als im persönlichen Leben oder in der Völkerpsychologie. Die Wahl des Vergleichspartners ist kein rein wissenschaftlicher Akt.

Heutigen Kommentatoren und Historikern liegt es nahe, die DDR mit der Bundesrepublik zu vergleichen. Auch vor 1989 war der deutsch-deutsche Vergleich verbreitet, vor allem östlich der Elbe, wo der permanente Selbstvergleich mit dem westlichen Deutschland die Kritik an der eigenen Situation speiste und zur Destabilisierung beitrug, während umgekehrt der Selbstvergleich mit dem kleinen, häßlichen Bruder im Osten das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik stärkte und stabilisierte. Auch in der obigen Darstellung war der West-Ost-Kontrast und damit der BRD-DDR-Vergleich implizit, schon durch die Wahl der Begriffe.

Im so angelegten deutsch-deutschen Vergleich treten, auch in sozialgeschichtlicher Hinsicht, die Unterschiede und damit die Eigenarten der DDR auffällig her-

vor. Man kann sie modernisierungshistorisch zusammenfassen. Definiert man Modernisierung irgendwie in der Tradition Max Webers – und das tun so gut wie alle Sozialwissenschaftler heute, sofern sie sich mit dem Konzept überhaupt anfreunden mögen –, dann war das westdeutsche System fast in jeder Hinsicht das modernere. Prüft man die Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei Sektoren der Volkswirtschaft, dann ergibt sich ein Tertiärisierungsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik von 20 bis 30 Jahren, der sich in dieser Schärfe übrigens erst in den 70er und 80er Jahren herausgebildet hat. Die DDR hat die Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft wie zur Konsumgesellschaft nur zögerlich mitgemacht, stärker als die Bundesrepublik ist sie Industrie- und Arbeitsgesellschaft geblieben.

Die Ausdifferenzierung in Teilsysteme mit je spezifischen Rationalitätskriterien gilt als Kriterium der Modernität von Gesellschaften, als Bedingung ihrer Leistungskraft und oft auch als Voraussetzung von Freiheit. Die dem entgegenstehende Multifunktionalität der Betriebe und betrieblichen Arbeitsplätze habe ich erwähnt. Die verwischte, wenngleich nicht ganz fehlende Ausdifferenzierung zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in der DDR war das Grundthema meiner Ausführungen. Und ich kann noch einmal daran erinnern, daß es an der rechtlich-institutionellen Absicherung teilautonomer intermediärer Bereiche in der DDR fehlte, mit der halben Ausnahme der Kirche. In diesem Sinn ist die Gesellschaft der DDR durch funktionale Entdifferenzierung und institutionelle Fusionierung gekennzeichnet – in ausgeprägtem Unterschied zur Bundesrepublik. Daraus folgt und erklärt sich sehr viel: die unterschiedliche Leistungskraft der Systeme, eine ganz andere Rolle des Rechts, unterschiedliche Bedingungen für Freiheit und Selbstverwaltung. Während die Verwischung der Grenze zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der Programmatik der SED entsprach, bildete das so entdifferenzierte System ungeplante, nicht gewollte Ersatzlösungen aus: sehr personenbezogene, schwer berechenbare Patronageverhältnisse im politischen Bereich einerseits, andererseits auf Verwandtschaft und Freundschaft basierende, informelle und nach Regeln der Gegenseitigkeit funktionierende Netzwerke im Bereich der Verteilung und Produktion. Man kann das als Demodernisierung analysieren, aber natürlich erklärt sich so auch, daß das Leben in der DDR oft weniger unpersönlich war als das im Westen, weniger spezialisiert und weniger „kalt“. In der Rückschau wird das sehr unterschiedlich bewertet.

Durch den Vergleich mit der Bundesrepublik treten weitere zentrale Eigenarten der DDR hervor, auch solche, die dem Bild der DDR als dem altmodischeren System widersprechen. Ich denke etwa an die größeren Gleichheitschancen für Frauen im Verhältnis zu Männern. Aber ich verfolge dies jetzt nicht weiter, sondern verweise auf die Arbeiten meines Kollegen Hartmut Kaelble.

Der Vergleich der DDR mit den realsozialistischen Nachbarländern steht sozialgeschichtlich leider noch ganz am Anfang. Ich beschränke mich auf kurze Bemerkungen zu drei Eigenarten der DDR, die aus der östlichen bzw. südöstlichen Vergleichsperspektive deutlich werden. *Zum einen* war die DDR das industrialisierteste und sozialökonomisch entwickeltste sozialistische Land, seine relative Modernität wird im Vergleich mit den östlichen Nachbarn deutlich. *Zum andern* wird klar, daß die Überstülpung des sozialistisch-kommunistischen Modells sowjetischer Machart in den sozialökonomisch rückständigeren Ländern neben Zerstörungen und neuer Erstarrung auch spezifische Modernisierungsfolgen haben konnte, die in Ostdeutschland nicht oder kaum entstehen konnten, weil sie hier schon vorher realisiert worden waren. Jedenfalls weisen ungarische Kollegen darauf hin, daß dort das kommunistische Regime mit seiner Politik der Enteignung des traditionalistischen Großgrundbesitzes, seinen tiefgreifenden Schul- und Bildungsreformen wie mit seiner vehementen Industrialisierungspolitik ehemals tief eingewurzelte Modernisierungsbarrieren aus dem Weg geräumt und Entwicklungsschübe zustande bekommen hat, die der Zukunft Ungarns langfristig zugute kommen werden, wenn einmal die zerstörerischen und hemmenden Kurzzeitfolgen des kommunistischen Regimes überwunden sind. Wenn ich richtig sehe, hat es das SED-Regime nicht oder kaum zu diesen modernisierenden Langzeitwirkungen gebracht, nicht zuletzt deshalb, weil es einem Land aufgepfropft worden ist, das auf dem Weg der Modernisierung schon viel weiter vorangeschritten war als die meisten seiner östlichen und südöstlichen Nachbarländer.

Schließlich erscheint die DDR im Vergleich mit dem Osten als außerordentlich deutsch, als deutsch in zweifacher Hinsicht. Zum einen sind viele DDR-Entwicklungen nur aus dem Beziehungs- und Wechselwirkungsverhältnis heraus zu verstehen, das sie mit westdeutschen Entwicklungen verband. Man denke an die Geschichte der Wanderungen, der deutsch-deutschen Verwandtschaftsverhältnisse, der Medien, des Verhältnisses zwischen den Kirchen, auch an die deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen und -einflüsse. Man denke an das Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten, das vermutlich auf dem Gebiet der Sozialstaatsentwicklung Früchte trug. Und man denke an die besonderen Abgrenzungsanstrengungen, vor allem der östlichen Seite. So wie sich am Ende die besondere Bewegungslosigkeit der SED-Politik aus ihrer Konfrontation mit dem westdeutschen Konkurrenzsystem erklärt, so die Schwäche der intellektuellen Dissidenz in der DDR aus der Abwanderung nach Westen und aus der Nichtverfügbarkeit nationaler Argumente im Arsenal der Kritiker in der DDR. Vieles in der DDR-Geschichte erklärt sich aus diesen deutsch-deutschen Beziehungen, bis hin zum Ende des Kommunismus in der DDR, das ohne die Bundesrepublik ganz anders verlaufen wäre. Es gab wirksame Restbestände einer gesamtdeutschen

Geschichte, die das Wechselverhältnis und die inneren Zustände beider deutscher Gesellschaften beeinflußt haben.

Deutsch war die DDR – aus der Sicht der östlichen Nachbarn – aber auch, weil sie in deutschen Traditionen stand. Es mag ja nicht ganz richtig sein, und man soll die Sachsen nicht unterschätzen. Aber das Bild des „roten Preußen“ hing der DDR auch aus polnischer und ungarischer Perspektive bisweilen an, und man meinte damit unter anderem bestimmte Elemente der politischen, auch der wissenschaftlichen Kultur – Gründlichkeit und Linientreue zum Beispiel –, die man bei internationalen Treffen nicht übersehen konnte.

Wie steht es mit der Einbindung der DDR in die deutsche Geschichte?

Viele Westdeutsche waren vor 1989/90 darüber erleichtert, daß es in der Bundesrepublik zur Errichtung einer neuen Ordnung gekommen war, die sich von der deutschen Geschichte vorangehender Jahrzehnte grundsätzlich unterschied, von der nationalsozialistischen Diktatur absetzte, die Bundesrepublik eindeutig in die politische Kultur des Westens eingliederte und den unglücklichen „deutschen Sonderweg“ zwischen Ost und West beendete. Nach ihrem Wirtschaftssystem, ihrer Sozialordnung, ihren Verfassungsprinzipien, ihrer Kultur und ihren Bündnissen wurde die Bundesrepublik allmählich – nicht sofort – zu einem relativ normalen und starken Staat westlicher Prägung; nur die offene nationale Frage machte sie weiterhin zu einem Unikum in Europa. Die lange beschworene Distanz der deutschen „Kultur“ zur westlichen „Zivilisation“, die deutsche Skepsis gegenüber Parteienstaat und Parlamentarismus, das Lob deutscher Innerlichkeit gegenüber westlichem Hedonismus, die alte Materialismus- und Kapitalismuskritik, all dies hatte viel an Kraft verloren, die „German divergence from the West“ schien zu Ende. Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ und Werner Sombarts „Händler und Helden“ konnten nur noch historisch verstanden werden, zum Glück.

Und wie verhielt es sich damit in der DDR?

Der Kontinuitätsbruch reichte östlich der Elbe zweifellos tief, zunächst tiefer als im Westen. Oben wurden die wichtigsten Brüche erwähnt: der Antifaschismus und die Entnazifizierung, die erzwungene sozialökonomische Neuordnung, die Enteignungen und der Exodus, der gewaltsame Elitenwechsel, die neue sozialistisch-kommunistische Ordnung überhaupt. Außen- und bündnispolitisch ging auch in der DDR der deutsche Sonderweg zwischen Ost und West zu Ende. Der Westbindung der Bundesrepublik entsprach spiegelbildlich die Ostbindung der DDR. Keiner der beiden deutschen Staaten setzte die expansiv-imperialistische Politik des Hitlerreichs fort. Auch sozialgeschichtlich unterschied sich das SED-System gründlich vom nationalsozialistischen Reich. Ein neues Deutschland entstand auch östlich der Elbe, nicht nur im offiziellen Selbstverständnis seiner Führer, sondern auch in der Realität.

Doch blickt man genauer hin, wird der Befund ambivalenter. Unter der Decke der Entnazifizierung gab es auch im Osten viel personelle Kontinuität, z.B. in der Lehrerschaft, wenngleich sicher weniger als im Westen. Immer häufiger wurde aus dem offiziellen Antifaschismus eine Legitimierungs- und Immunisierungsstrategie, mit Stoßrichtung gegen die Bundesrepublik. So sehr sich das politische System der DDR auch nach Inhalt und Form vom faschistischen Staat unterschied, so unbestreitbar ist doch, daß auch die zweite deutsche Diktatur tief in den Traditionen des Obrigkeitsstaats, des Antiparlamentarismus, des Illiberalismus, ja auch des Militarismus stand, also in jenen Traditionen, die den inneren Kern des „deutschen Sonderwegs“ ausgemacht hatten und die in der Bundesrepublik mit der Zeit abgeschwächt und schließlich weitgehend überwunden werden konnten. In der Bundesrepublik halfen dabei Erfahrungen mit, die der DDR verschlossen blieben. Man denke an die vielfältigen Kontakte mit dem westlichen Europa und mit Amerika, das rasante Wirtschaftswachstum seit den fünfziger Jahren und die Proteste, die Bewegungen, die Kulturrevolution, den Modernisierungsschub der sechziger Jahre – zentrale Erfahrungen, die in der DDR fehlten und die in der Bundesrepublik zur Entstehung einer einigermaßen funktionierenden Zivilgesellschaft westlichen Musters mindestens ebensoviel beitrugen wie die Weichenstellungen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre.

So könnte es sein, daß östlich der Elbe mehr von den Traditionen des deutschen Sonderwegs überlebt hat als im Westen der vereinigten Republik. Die Debatte darüber aber hat erst begonnen.